S 17 BA 58/20

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Baden-Württemberg

Sozialgericht Landessozialgericht Baden-Württemberg

Sachgebiet Betriebsprüfungen

Abteilung

Kategorie Urteil

Bemerkung -Rechtskraft -Deskriptoren -

Leitsätze Die Tätigkeit als Berater in einer

Steuerberaterkanzlei begründet auch bei

familienhafter Nähe zu den

Gesellschaftern nicht notwendig eine

sozialversicherungspflichtige

Eingliederung in den Betrieb. Maßgeblich sind die Umstände des Einzelfalls und das Maß der Eigenständigkeit der Tätigkeit.

Normenkette SGB 4 § 7a Abs 1 S 1

1. Instanz

Aktenzeichen S 17 BA 58/20 Datum 18.03.2022

2. Instanz

Aktenzeichen L 9 BA 1206/22 Datum 18.07.2023

3. Instanz

Datum -

Auf die Berufung der Klå¤gerin Ziffer 1 wird das Urteil des Sozialgerichts Mannheim vom 18. Må¤rz 2022 abgeå¤ndert und der Bescheid der Beklagten vom 11. Juni 2018 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 10. Dezember 2019 insoweit aufgehoben, als darin eine Beitragsforderung in Bezug auf den Beigeladenen Ziffer 2 in Hå¶he von 27.483,66 Euro festgesetzt wurde. Und unter Abä¤nderung des Bescheids vom 11. Juni 2018 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 10. Dezember 2019 wird festgestellt, dass der Beigeladene Ziffer 2 in der Zeit vom 1. Januar 2012 bis 28. Februar 2014 nicht der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung und nach dem Recht der Arbeitsfå¶rderung unterlag.

Im Ã□brigen wird die Berufung der Klägerin Ziffer 1 zurückgewiesen.

Die Berufung der KlĤgerin Ziffer 2 gegen das Urteil des Sozialgerichts Mannheim vom 18. MĤrz 2022 wird zurļckgewiesen.

Die Beklagte trägt die Hälfte der auÃ□ergerichtlichen Kosten der Klägerin Ziffer 1 in beiden Instanzen. Im Ã□brigen sind auÃ□ergerichtliche Kosten auch im Berufungsverfahren nicht zu erstatten.

Tatbestand

Im Streit steht die Feststellung der Versicherungspflicht der Kl \tilde{A} $^{\mu}$ gerin Ziffer 2 und des Beigeladenen Ziffer 2 in ihren T \tilde{A} $^{\mu}$ tigkeiten bei der Kl \tilde{A} $^{\mu}$ gerin Ziffer 1 als Beraterin bzw. als Berater im Zeitraum vom 01.01.2012 bis 31.12.2015 bzw. bis 28.02.2014 sowie eine von der Beklagten gegen \tilde{A} $^{\mu}$ ber der Kl \tilde{A} $^{\mu}$ gerin Ziffer 1 hierauf gest \tilde{A} $^{\mu}$ tzte Beitragsnachforderung \tilde{A} $^{\mu}$ ber insgesamt 58.922,77 Euro f \tilde{A} $^{\mu}$ den Zeitraum vom 01.01.2012 bis 31.12.2015.

١.

- 1. Die Klägerin Ziffer 1 ist eine im Jahr 1971 gegründete Steuerberatungsgesellschaft, die zunächst in der Rechtsform einer Gesellschaft bÃ⅓rgerlichen Rechts (GbR) und seit dem 22.01.2020 als Partnerschaftsgesellschaft mit beschränkter Berufshaftung (PartG mbB) gefÃ⅓hrt wird.
- 2. Der Beigeladene Ziffer 2 Ã⅓bte bereits während seines Studiums der Betriebswirtschaftslehre bis Mai 2006 in Teilzeit eine Nebentätigkeit bei der Klägerin Ziffer 1 aus. Hierbei verrichtete er Hilfstätigkeiten wie die Eingabe von Einkommensteuererklärungen oder das Schreiben von Briefen. Ab Juni 2006 begann er eine Tätigkeit als Unternehmensberater mit betriebswirtschaftlicher Ausrichtung. HierfÃ⅓r mietete er im Stockwerk Ã⅓ber den Räumen der Klägerin Ziffer 1 eigene Geschäftsräume an und war fÃ⅓r verschiedene Firmen tätig, unter anderem auch fÃ⅓r die Klägerin Ziffer 1. FÃ⅓r die Klägerin Ziffer 1 Ã⅓bernahm er Aufgaben im IT-Bereich mit Softwarebetreuung einschlieÃ□lich Updates und Datensicherung und im weiteren betriebswirtschaftliche Projekte (Erstellen von Businessplänen) und steuerliche Projekte. Er verfÃ⅓gte Ã⅓ber einen SchlÃ⅓ssel zu den Räumlichkeiten der Klägerin Ziffer 1, damit er insbesondere die EDV-Tätigkeiten auch auÃ□erhalb der BÃ⅓rozeiten der Klägerin Ziffer 1 am Abend oder Wochenende durchfÃ⅓hren konnte.

Am 01.07.2008 schlossen die Kl \tilde{A} ¤gerin Ziffer 1, bei deren Gesellschafter es sich um den Vater und den Bruder des Beigeladenen Ziffer 2 handelte, und der Beigeladene Ziffer 2 einen \tilde{a} |Uertrag \tilde{A} 4ber Freie Mitarbeit Beratungsvertrag \tilde{a} |0 mit u.a. folgendem Inhalt:

â∏â∏¦ § 1 Vertragsgegenstand Herr W1 wird als externer und selbst \tilde{A} xndiger Berater f \tilde{A} xr W2 t \tilde{A} xtig. Die Einzelheiten der von dem Berater durchzuf \tilde{A} xrhrenden Auftr \tilde{A} xge werden jeweils abgestimmt.

Der Berater wird das $\tilde{A}^{1}/4$ bernommene Projekt selbst durchf $\tilde{A}^{1}/4$ hren; Unterauftr \tilde{A} zge d $\tilde{A}^{1}/4$ rfen von dem Berater nicht vergeben werden.

Der Berater ist verpflichtet, sich $\tilde{A}^{1/4}$ ber die seine Beratung betreffenden betrieblichen Gegebenheiten bei W2 zu informieren.

§ 2 Ort und Zeit der Dienstleistung

Der Berater ist hinsichtlich der Art der Durchführung des Projekts und der Verwendung seiner Zeit grundsätzlich frei. Die allgemeinen Bürozeiten sollen jedoch beachtet werden.

Dem Berater stehen alle erforderlichen r \tilde{A} umlichen und technischen Mittel zur Projektdurchf \tilde{A} hrung bei W2 zur Verf \tilde{A} gung.

§ 3 Vertragsdauer, Kündigung

Das VertragsverhĤltnis ist zeitlich nicht befristet.

Bei einer Kündigung verpflichtet sich der Berater insbesondere, angefangene Projekte zu Ende zu führen. Bei einer Kündigung von Seiten des Beraters ist der Berater in jedem Fall verpflichtet an der geordneten Ã□berleitung der Beratungstätigkeit auf einen von W2 genannten Berater oder Mitarbeiter mitzuwirken.

§ 4 Vergütung

Die Vergütung erfolgt nach Zeitaufwand. Die Berater erhält eine Vergütung von EUR 40,00 pro Stunde (durch handschriftliche Ergänzung: ab 01.03.2012 EUR 45,00 pro Stunde) zuzüglich Umsatzsteuer. Eine Mindeststundenzahl kann nicht garantiert werden.

§ 5 GrundsÃxtze der Zusammenarbeit

W2 erwartet von dem Berater, dass er den ethischen BerufsgrundsĤtzen des Berufsstandes der Steuerberater gerecht wird zum Interesse der Mandanten von W2, der Reputation von W2 und der IntegritĤt des Beraters.

Die Mandanten von W2 sehen die Dienstleistung des Beraters im Zusammenhang mit ihrem Auftreten. W2 erwartet von dem Berater sowohl im VerhĤltnis zu den Mandanten als auch zu anderen Mitarbeitern oder Dritten gegenüber, ein persönliches Verhalten, das dem Ruf von W2 und dem Niveau der gestellten Aufgaben gerecht wird.

a∐

§ 7 Nebentätigkeiten und Konkurrenzschutz

Dem Berater steht es frei, auch f $\tilde{A}^{1}/_{4}$ r andere Unternehmen t \tilde{A} xtig zu sein. Der Berater verpflichtet sich jedoch, sich w \tilde{A} xhrend der Dauer des

Vertragsverhältnisses jeder selbständigen oder unselbständigen, direkten oder indirekten Tätigkeit für ein Unternehmen zu enthalten, das mit W2 in Wettbewerb steht. Die Betriebswirtschaftliche Beratung ist ausdrücklich davon ausgenommen.

Der Berater verpflichtet sich, W2 jeden möglichen Interessenkonflikt, der sich aus einer anderen Tätigkeit ergeben kann, anzuzeigen.

Der Berater verpflichtet sich insbesondere, keine Mandanten von W2 abzuwerben oder sich in bestehende Auftragsverh \tilde{A} ¤ltnisse zu dr \tilde{A} ¤ngen. Die Beraterin verpflichtet sich weiter, keine T \tilde{A} ¤tigkeiten Dritter f \tilde{A} 1 $\!$ 4r Konkurrenzunternehmen zu W2 zu vermitteln oder in sonstiger Weise zu f \tilde{A} $^{\$}$ rdern. \hat{a} $^{$\square}$!

§ 9 Vertragsstrafe

Fýr jeden Fall des VerstoÃ \square es gegen diesen Vertrag hat die Beraterin eine Vertragsstrafe von EUR 5.000,â \square zu zahlen. Im Falle eines DauerverstoÃ \square es wird die Vertragsstrafe fýr jeden angefangenen Monat neu verwirkt. Die Geltendmachung eines darüber hinaus gehenden Schadens behÃxlt sich W2 vor. â \square â \square

Ab 2010 plante der Beigeladene Ziffer 2 in Absprache mit seinem Vater und Bruder, die Steuerberaterprļfung abzulegen und nach bestandener Prļfung unter Einbringung seines bisherigen Unternehmens in die KlĤgerin Ziffer 1 als Gesellschafter der KlĤgerin Ziffer 1 aufgenommen zu werden. Er reduzierte seine Tätigkeit wegen der Prüfungsvorbereitung. Im Juni 2011 begann er die zunÄxchst mit 1,5 Jahren eingeplante Vorbereitungsphase und akquirierte ab diesem Zeitpunkt keine Neukunden mehr, sondern wickelte nur noch die bestehenden AuftrĤge ab. Im streitigen Zeitraum ab 01.01.2012 war er fast ausschlie̸lich noch für die Klägerin Ziffer 1 tätig. Nachdem er beim ersten Versuch die Prüfung nicht bestanden hatte, verlängerte sich die Prüfungsvorbereitungsphase. Im zweiten Anlauf im November 2013 bestand er die schriftliche Prüfung und sodann Ende Februar 2014 die mündliche Prüfung und wurde gemäÃ∏ Vereinbarung zur Aufnahme in die GbR vom 01.03.2014 ab diesem Tag als Gesellschafter in die klĤgerische Gesellschaft aufgenommen. Im Vertrag wurde auch geregelt, dass er seine Unternehmensberatung mit allen VermĶgensgegenstĤnden und vorhandenem Kundenstamm in die klĤgerische Gesellschaft überträgt, den Mietvertrag über die seit Juni 2006 angemieteten Býroräume aber auf eigene Kosten beenden wird.

3. Die KlĤgerin Ziffer 2 betreibt mit Gewerbeanmeldung bei der Gemeinde L1 seit dem 07.07.1997 einen Büroservice an ihrer Wohnanschrift in L1. Sie war zunächst bis 2009 für eine andere Firma als freie Mitarbeiterin tätig. Dann fand sie über ein Inserat, das sie schaltete, zu der Klägerin Ziffer 1 und war für sie ab November 2009 tÃxtig. Daneben war sie in geringerem Umfang auch für mehrere andere Auftraggeber tÃxtig. Die Einkünfte hieraus beliefen sich in den streitgegenstĤndlichen Jahren insgesamt auf ca. 25-30% ihrer Gesamteinkünfte, 70 bis 75% der Einkünfte erzielte sie durch die Tätigkeit bei der Klägerin Ziffer 1, fýr die sie monatliche Rechnungen schrieb und jeweils einen Stundenaufschrieb unter Angabe von Datum, Uhrzeit und Anzahl der geleisteten Stunden. Die KIägerin Ziffer 2 führte im Wesentlichen Tätigkeiten im Bereich der Buchführung, Lohnbuchführung und Schreibarbeiten aus. Der Tätigkeit für die Klägerin Ziffer 1 lag ein am 20.11.2009 geschlossener â∏√Vertrag über Freie Mitarbeit Beratervertragâ∏ zugrunde. Der Inhalt dieses Vertrages war bis auf zwei Punkte identisch mit dem Inhalt des auszugsweise oben wiedergegebenen, zwischen der KlĤgerin Ziffer 1 und dem Beigeladenen Ziffer 2 geschlossenen Vertrags vom 01.07.2008. In Abweichung hiervon war lediglich die HA¶he der

Vergütung in § 4 Ziffer 1 auf 22 Euro, durch nachträgliche Ã□nderung ab dem 01.01.2015 auf 24 Euro pro Stunde zuzüglich Umsatzsteuer festgelegt, und der Zusatz der ausdrücklichen Zulassung einer betriebswirtschaftlichen Beratung für Fremdunternehmen (§ 7 Ziffer 1 Satz 2 des Vertrages mit dem Beigeladenen Ziffer 2) war in dem Vertrag mit der Klägerin Ziffer 2 nicht enthalten.

II.

Ab dem 20.04.2016 führte die Beklagte bei der Klägerin Ziffer 1 eine Betriebsprüfung für den Zeitraum bis 31.12.2015 durch, aufgrund derer sie nach vorheriger Anhörung der Klägerin Ziffer 1 mit Bescheid vom 11.06.2018 die Versicherungspflicht der Klägerin Ziffer 2 seit 2009 in der Rentenversicherung, der Kranken- und Pflegeversicherung und nach dem Recht der Arbeitsförderung sowie die Versicherungspflicht des Beigeladenen Ziffer 2 seit 2008 bis zum 28.02.2014 in der Rentenversicherung sowie nach dem Recht der Arbeitsförderung feststellte und insgesamt Beiträge in Höhe von 58.922,77 Euro von der Klägerin Ziffer 1 nachforderte. Die Nachforderung beschränkte sie hierbei unter Verweis auf die Verjährungsfrist des § 25 Abs. 1 Satz 1 SGB IV auf die Zeit ab dem 01.01.2012.

Mit einem ohne Rechtsmittelbelehrung versehenen Schreiben vom 11.06.2018 teilte die Beklagte der KlĤgerin Ziffer 2 mit, dass die im Zusammenhang mit der BetriebsprĽfung eingeleitete sozialversicherungsrechtliche Beurteilung ergeben habe, dass sie die TĤtigkeit als Buchhalterin und Schreibkraft bei der KlĤgerin Ziffer 1 seit dem 01.01.2012 im Rahmen eines abhĤngigen BeschĤftigungsverhĤltnisses ausľbe und Zeiten vor dem 01.01.2012 der VerjĤhrung unterlĤgen. Die erforderlichen Meldungen zur Sozialversicherung seien vom Arbeitgeber zu erstatten. Diese Prļfmitteilung sei bis zur nĤchsten Betriebsprļfung aufzubewahren. Am 17.05.2019 legte die KlĤgerin Ziffer 2 gegen den Bescheid vom 11.06.2018 Widerspruch ein und bezog sich inhaltlich auf die Begrľndung der KlĤgerin Ziffer 1 in deren Widerspruch gegen den Betriebsprļfungsbescheid vom 11.06.2018 in Bezug auf die von ihr dort ausgeļbte TĤtigkeit.

Den Widerspruch der Kl \tilde{A} $^{\mu}$ gerin Ziffer 1 wies die Beklagte mit Widerspruchsbescheid vom 10.12.2019 als unbegr \tilde{A} $^{\mu}$ ndet zur \tilde{A} $^{\mu}$ ck. Den Widerspruch der Kl \tilde{A} $^{\mu}$ gerin Ziffer 2 wies die Beklagte mit Widerspruchsbescheid vom 13.02.2020 als unbegr \tilde{A} $^{\mu}$ ndet zur \tilde{A} $^{\mu}$ ck.

Am 07.01.2020 hat die Klägerin Ziffer 1 Klage zum Sozialgericht Mannheim (SG) erhoben (S 17 BA 58/20), am 05.03.2020 hat die Klägerin Ziffer 2 Klage zum SG erhoben (S 15 BA 669/20). Mit Beschluss vom 27.05.2020 hat das SG die beiden Klagen unter dem Aktenzeichen S 17 BA 58/20 zur gemeinsamen Verhandlung und Entscheidung verbunden. Das SG hat am 27.07.2021 mit den Beteiligten einen Termin zur Erörterung des Sach- und Rechtsverhältnisses durchgefýhrt. In dem Termin hat die Klägerbevollmächtigte der Klägerin Ziffer 1 die Einrede der Verjährung hinsichtlich der Beiträge betreffend das Jahr 2012 erhoben und sowohl die Klägerin Ziffer 2 als auch der Beigeladen Ziffer 2 haben persönliche Angaben gemacht. Hierzu wird auf das Protokoll des SG Bezug genommen. Nach

vorheriger Anhörung hat das SG die Beigeladene Ziffer 1 auf deren Antrag mit Beschluss gemäÃ∏ § 75 Abs. 2 Sozialgerichtsgesetz (SGG) zum Verfahren beigeladen. Die ebenfalls angehörte Bundesagentur für Arbeit hat ausdrücklich ihre Beiladung nicht beantragt. Mit Beschluss vom 22.09.2021 hat das SG weiter den Beigeladenen Ziffer 2 gemäÃ∏ § 75 Abs. 2 SGG zum Verfahren notwendig beigeladen.

Mit Urteil ohne mündliche Verhandlung vom 18.03.2022, berichtigt durch Berichtigungsbeschluss vom 29.03.022, hat das SG die Klagen abgewiesen. Die Klage der KlĤgerin Ziffer 1, die bei sachdienlicher Auslegung nicht auf Abänderung, sondern Aufhebung des Bescheids vom 11.06.2018 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 10.12.2019 gerichtet sei, sei nur insoweit zulĤssig, als sie sich gegen die Feststellung des Bestehens bzw. Nichtbestehens von Versicherungspflicht ab 2012 richte. Soweit sie die Feststellung begehre, dass die KlĤgerin Ziffer 2 und der Beigeladene Ziffer 2 nicht im Rahmen eines abhĤngigen BeschĤftigungsverhĤltnisses für sie tätig gewesen seien, und soweit sie die Feststellung begehre, dass in Bezug auf diese TAxtigkeiten keine BeitrAxge und Umlagen in Höhe von 58.922,77 Euro entstanden seien, sei die Klage bereits unzulässig, da es sich dabei um ein bloÃ∏es Tatbestandselement handle, das einer isolierten BestĤtigung durch feststellenden Verwaltungsakt nicht zugĤnglich sei und dem Bescheid vom 11.06.2018 nur der Charakter eines Grundlagenbescheides für die Erhebung der Beiträge zukomme und im Rahmen der Anfechtung eines Betriebsprüfungsbescheids das Nichtbestehen bestimmter Beiträge bzw. Umlagen grundsÃxtzlich nicht gesondert begehrt werden könne. Die Klage der Klägerin Ziffer 2 sei ebenfalls zulägssig, insbesondere ihr Widerspruch, über den die Beklagte auch inhaltlich entschieden habe, nicht verfristet.

Die Klagen seien aber nicht begründet, der Bescheid vom 11.06.2018 in der Gestalt der Widerspruchsbescheide vom 10.12.2019 und 13.02.2020 sei rechtmäÃ∏ig. Rechtsgrundlage sei § 28p Abs. 1 Satz 5 Sozialgesetzbuch Viertes Buch (SGB IV). Die Versicherungspflicht in den Zweigen der Sozialversicherung richte sich nach § 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VI, § 5 Abs. 1 Nr. 1 SGB V, § 20 Abs. 1 Satz 1 SGB XI und § 25 Abs. 1 Nr. 1 Satz 1 SGB III. Danach sei ausschlaggebend, ob eine Beschäftigung im Sinne des § 7 Abs. 1 SGB VI vorliege. Unter Anwendung der in der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts (BSG) hierzu entwickelten Grundsätze gelange die Kammer unter Abwägung der Umstände des Einzelfalles zu der Ã∏berzeugung, dass die Klägerin Ziffer 2 und der Beigeladene Ziffer 2 in den jeweils streitgegenständlichen Zeiträumen bei der Klägerin Ziffer 1 abhängig beschäftigt gewesen seien.

Die KlĤgerin Ziffer 2 sei fachlichen Weisungen unterlegen, ebenso â∏ wenn auch in eingeschrĤnkter Form â∏ Weisungen in zeitlicher Hinsicht, was für eine abhängige Beschäftigung spreche. Demgegenüber falle der im geschlossenen Vertrag zum Ausdruck kommende Wille der Beteiligten zur Begründung einer selbstständigen Tätigkeit, der Nichtgewährung von Entgeltfortzahlung bei Krankheit und von Urlaub keine Bedeutung zu, ebenso wenig der Gewerbeanmeldung und dem Umstand, dass der Klägerin Ziffer 2 kein eigener SchlÃ⅓ssel zur Kanzlei ausgehändigt worden sei. Zwar könne die Möglichkeit, Aufträge abzulehnen, und das damit einhergehende Fehlen der Rechtsmacht der

KIägerin Ziffer 1, die KIägerin Ziffer 2 zur Arbeitsleistung heranzuziehen, grundsätzlich ein Indiz für eine selbstständige Tätigkeit sein. Auch spreche für eine selbstständige Tätigkeit die Tätigkeit und Möglichkeit zur Akquise anderer Auftraggeber, auch wenn dieses durch das vereinbarte Konkurrenzverbot eingeschrĤnkt gewesen sei. Auch habe die KlĤgerin aufgrund ihrer eigenen Software Lexware unternehmerische GestaltungsspielrĤume fļr eine anderweitige TAxtigkeit im Bereich der Buchhaltung am Markt nutzen kA¶nnen, was sie auch für weitere Auftraggeber gemacht habe. Ebenso verfüge sie über eine eigene BetriebsstĤtte in ihrem Wohnhaus. Dass sie zwei Personen geringfÃ1/4gig beschÃxftige, spiele aber keine Rolle, da dies nicht den vorliegend streitgegenstĤndlichen Zeitraum betreffe. Darļber hinaus spreche insoweit gegen eine SelbststĤndigkeit der Umstand, dass die KlĤgerin Ziffer 2 für die Einstellung von Hilfspersonen der Zustimmung der Klägerin Ziffer 1 bedä¼rfe, ohne dass sich erschlie̸e, dass dies aus Gründen der Notwendigkeit und des Datenschutzes notwendig wĤre. FĽr eine abhĤngige BeschĤftigung spreche auch der Wortlaut des Vertrages in Bezug auf den Vertragsgegenstand. Hier sei lediglich pauschal vereinbart, dass die KlĤgerin als Beraterin tĤtig werden solle, ohne weitere Vorgaben zur Konkretisierung. Es sei damit gerade nicht klar, für welche Projekte bzw. AuftrĤge die KlĤgerin jeweils herangezogen worden sei. Vielmehr habe sich die KlĤgerin Ziffer 2 damit wie in einem Arbeitsvertrag auf unbestimmte Zeit zur Erbringung von BeratertÄxtigkeiten verpflichtet. Zwar liege die HA¶he der gewA¤hrten VergA¼tung mit 22 Euro bzw. ab 2015 mit 25 Euro je Stunde über der Vergütung vergleichbarer Festangestellter mit umgerechnet 15 Euro bzw. ab 2015 mit 17 Euro je Stunde und spreche eher für eine selbststĤndige TĤtigkeit. Hiervon dļrften allerdings noch die Kosten der DATEV-Lizenz in Abzug zu bringen sein, die ansonsten in Rechnung gestellt worden wĤre. Dass der KlĤgerin Ziffer 2 alle erforderlichen rĤumlichen und technischen Mittel zur Verfügung gestellt wurden, sei arbeitnehmertypisch und spreche für eine abhängige Beschäftigung. Ebenso, dass die Klägerin Ziffer 2 ihre Tätigkeit für die Klägerin Ziffer 1 tatsächlich maÃ∏geblich in den Räumen der Klägerin Ziffer 1 ausgeübt habe und hierbei die Software DATEV der Klägerin Ziffer 1 im Rahmen deren Betriebsablaufs und wĤhrend deren Betriebszeiten genutzt habe. Nicht ins Gewicht falle hierbei, dass die KlĤgerin Ziffer 2 dabei keinen festen den RAxumen der KlAxgerin Ziffer 1 zu deren GeschAxftszeiten mit deren Hard- und Software für eine Eingliederung in der Betriebsorganisation der Klägerin Ziffer 1 und damit eine abhAxngige BeschAxftigung. Auch ein relevantes Unternehmerrisiko der KlÄxgerin Ziffer 2 lasse sich nicht feststellen, was aber kein ausschlaggebendes Kriterium sei bei reinen Dienstleistungen. Auch die wirtschaftliche Abhängigkeit von der KlĤgerin Ziffer 1 (mehr als 70 % der Einkünfte habe die Klägerin Ziffer 2 aus der TĤtigkeit fļr die KlĤgerin Ziffer 1 erzielt) liege vor. Zudem verfļge die KlĤgerin Ziffer 2 über eine eigene E-Mail-Adresse bei der Klägerin Ziffer 1, die sie auch nutze, was ebenfalls für eine Eingliederung spreche. Das Gesamtbild sei daher wesentlich von den Anhaltspunkten geprÄggt, die fļr eine BeschĤftigung sprechen.

Der Beigeladene Ziffer 2 sei ebenfalls maÄ geblich in den Betrieb der KlÄ gerin Ziffer 1 eingegliedert gewesen. Auch insoweit komme dem Parteiwillen aus dem geschlossenen Vertrag unter Vermeidung arbeitnehmertypischer Rechte keine

eigenstĤndige Bedeutung zu. Die TĤtigkeit fļr weitere Auftraggeber sei im streitgegenständlichen Zeitraum nicht relevant, da er hieraus nur einen Anteil von 1 % im Jahr 2012 und von 2 % im Jahr 2013 an seinen gesamten Einkünften erzielt habe. Auch das Aufbringen der Fortbildungskosten habe kein ma̸gebliches Gewicht. Diese seien im Hinblick auf eine späxtere Täxtigkeit als Steuerberater, nicht für die ausgeübte Tätigkeit angefallen. Für ein gewisses Unternehmerrisiko spreche der Umstand, dass der Beigeladene Ziffer 2 über eine eigene BetriebsstÄxtte und ein betriebliches Kfz verfļgte, die sich nur bei der Akquirierung ausreichender AuftrĤge amortisieren konnten. Auch lasse das vereinbarte Honorar eine Eigenvorsorge zu, was ein Indiz für eine selbstständige Tätigkeit sei. Allerdings bestünden auch insoweit Anhaltspunkte für die Erteilung von Weisungen zumindest in Form von Abstimmungen, da auch insoweit nur eine vage unbestimmte Beschreibung des Vertragsgegenstandes erfolgt sei. Aufgrund der angegebenen Spezialkenntnisse sei allerdings davon auszugehen, dass das fachliche Weisungsrecht zur dienenden Teilhabe am Arbeitsprozess verfeinert war. Entscheidend sei daher die Eingliederung des Beigeladenen Ziffer 2 in den Betrieb der KlĤgerin Ziffer 1. Diese folge daraus, dass er seine TĤtigkeit fast ausschlie̸lich in den Räumlichkeiten der Klägerin Ziffer 1 unter Verwendung der von dieser zur Verfļgung gestellten Hard- und Software ausgeübt habe, hierzu auch einen Schlüssel zur Kanzlei ausgehändigt erhalten habe, und sich sogar am Wochenende Zugang zu den RĤumlichkeiten habe verschaffen können. AuÃ∏erdem sei auf der Homepage der Klägerin Ziffer 1 angegeben, dass der Beigeladene Ziffer 2 bereits von 2005 bis 2013 eine TÄxtigkeit bei ihr ausgeübt habe. Dies sei aus Werbezwecken nicht erforderlich gewesen, auch hinsichtlich des Bruders sei auf der Homepage die Ausübung einer anderen TÃxtigkeit vor Eintritt in die Gesellschaft dargestellt, was keinen Makel darstelle. ̸berdies bestünden durchaus Anhaltspunkte für eine tatsächliche Lohnfortzahlung in Weiterbildungsphasen. Der Beigeladene Ziffer 2 habe im Termin ausführlich dargestellt, dass er für die Vorbereitung zur Steuerberaterprüfung viel Zeit investiert habe, zuletzt allein die letzten vier Monate vor der Prüfung ca. 70 Stunden wöchentlich dafür verwendet habe. Entsprechende EinbuÃ∏en aus der TÄxtigkeit seien allerdings nicht ersichtlich. Insgesamt ļberwogen damit ma̸geblich aufgrund der Eingliederung in den Betrieb die Umstände, die für eine abhängige Beschäftigung sprechen.

Die Beitragsansprļche fľr das Jahr 2012 seien auch nicht verjĤhrt, da die Hemmung der VerjĤhrung durch das Betriebsprľfungsverfahren nicht durch Unterbrechung von mehr als sechs Monaten weggefallen sei. Insbesondere sei nach dem Eingang der ausgefľllten FragebĶgen fļr die KlĤgerin Ziffer 2 und den Beigeladenen Ziffer 2 bei der Beklagten am 08.08.2016 bereits am 03.02.2017 ein weiterer Fragekatalog von der Beklagten an die KlĤgerin Ziffer 1 gerichtet worden, so dass die von der KlĤgerin Ziffer 1 gerļgte UntĤtigkeit von mehr als sechs Monaten nicht vorliege. Auch zwischen dem Eingang der Antworten der KlĤgerin Ziffer 1 auf den Fragekatalog vom 03.02.2017 bei der Beklagten am 03.03.2017 und dem AnhĶrungsschreiben vom 18.12.2017 liege keine Unterbrechung von mehr als sechs Monaten. Denn in diesem Zeitraum habe die Beklagte mit Schreiben vom 25.08.2017 weitere AufklĤrung durch Befragung der KlĤgerin Ziffer 2 betrieben, welche erst am 19.09.2017 geantwortet habe.

Auf Antrag der KlAzgerin Ziffer 1 hat das SG das Urteil vom 18.03.2022 mit Beschluss vom 29.03.2022 berichtigt. Gegen das der KlAzgerin Ziffer 1 am 24.03.2022 und der KlĤgerin Ziffer 2 am 04.04.2022 zugestellte Urteil richtet sich die am 21.04.2022 eingelegte Berufung der KlAzgerin Ziffer 1 und die am 22.04.2023 eingelegte Berufung der KlAzgerin Ziffer 2, zu deren BegrA¼ndung die KIägerin Ziffer 2 auf ihr Vorbringen in erster Instanz verweist. Die KIägerin Ziffer 1 rüqt im Einzelnen eine fehlerhafte Würdigung der Umstände des Einzelfalls durch das SG und trägt vor, dass nahezu alle Umstände für eine selbststĤndige TĤtigkeit der KlĤgerin Ziffer 2 und des Beigeladenen Ziffer 2 sprechen, wĤhrend das SG diese falsch beurteilt und falsch gewichtet habe. So liege weder eine Eingliederung der beiden in ihren Betrieb vor, noch fehle es an einem Unternehmerrisko der beiden. Insbesondere habe es auch an jeglichen Weisungen gefehlt und hAxtten beide A¼ber besonderes Know-how verfA¼gt, das Weisungen gerade entbehrlich gemacht habe. ̸berdies hätten beide Personen AuftrĤge jeweils nur passend zu ihrem jeweiligen Zeitbudget angenommen und keine Rechtsmacht der KlĤgerin Ziffer 1 zu deren Heranziehung zur Arbeitsleistung bestanden. Beide hÃxtten ihre Arbeitszeit und den Arbeitsort frei eingeteilt, lediglich die praktischen ZwĤnge aufgrund des Vorhandenseins der Software und Unterlagen in den RĤumen der Kanzlei hĤtten teilweise den Arbeitsort bestimmt, was aber nicht für die Einordnung als Beschäftigung herangezogen werden könne. Es gebe keine Vermutung für eine abhängige Beschäftigung, vielmehr mýsse diese positiv festgestellt werden. Dies sei vorliegend nach den Umständen des Einzelfalls aber mangels entsprechender Anhaltspunkte nicht möglich. Dass einmal die Aushändigung des Schlüssels und damit der Zugang zu den Räumlichkeiten der Kanzlei selbst am Wochenende als Anhaltspunkt fþr eine BeschĤftigung herangezogen werde, einmal die fehlende AushĤndigung des Schlüssels und damit die Bindung an die Betriebszeiten der Kanzlei, sei widersprüchlich. Hier sei auch die familiäre Verbindung des Beigeladenen Ziffer 2 nicht berýcksichtigt worden. Die Behauptung, dass Weisungen erfolgt seien, sei falsch. Die Angaben auf der Homepage stammten aus dem Jahr 2014 und kA¶nnten damit nicht für den streitgegenständlichen Zeitraum herangezogen werden. Eine Weiterzahlung von Lohn an den Beigeladenen Ziffer 2 in Weiterbildungsphasen sei nicht erfolgt, hier seien aus den vorgelegten Lohnkonten Einbu̸en wegen der Lernzeiten ersichtlich. Die KlĤgerin Ziffer 2 unterhalte seit Jahrzehnten Býroräume und sei eine langjährig erfahrene selbstständige Buchhalterin. Sie habe im streitigen Zeitraum fýr weitere 10 Auftraggeber gearbeitet. Es sei ihr Wunsch gewesen, selbststĤndig tĤtig zu sein, man sei auf sie aufgrund einer Werbeannonce gekommen. Sie erhalte eine Vergütung, die private Altersvorsorge zulasse und diese habe die KlĤgerin Ziffer 2 auch betrieben. Sie habe nicht die gleichen TÄxtigkeiten wie die angestellten Buchhalterinnen ausgeļbt und sei nicht wie diese eingegliedert gewesen. Vorarbeiten habe sie durchaus mit ihrer eigenen Software in ihrem eigenen Büro ausgeübt. Sie habe zwischenzeitlich zwei Minijobber beschĤftigt, und die Beklagte habe im Jahr 2020 eine Betriebsprüfung bei der Klägerin Ziffer 2 durchgeführt. Auch insoweit habe das SG alle UmstĤnde der vertraglichen Vereinbarung und deren tatsĤchliche Handhabung unzutreffend gewürdigt. SchlieÃ□lich seien die Beiträge für das Jahr 2012 entgegen der Ausführungen des SG verjährt, und im Ã∏brigen seien die KlĤgerin Ziffer 2 und der Beigeladene Ziffer 2 notwendig zum

Berufungsverfahren beizuladen.

Die KlĤgerin Ziffer 1 beantragt,

das Urteil des Sozialgerichts Mannheim vom 18. MĤrz 2022 abzuĤndern und den Bescheid der Beklagten vom 11. Juni 2018 in Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 10. Dezember 2019 insoweit aufzuheben, als darin eine Beitragsforderung in HĶhe von 58.922,77 Euro festgesetzt wird sowie unter AbĤnderung des Bescheids der Beklagten vom 11. Juni 2018 in Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 10. Dezember 2019 festzustellen, dass Frau B1 in der Zeit vom 1. Januar 2012 bis 31. Dezember 2015 nicht der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Renten-, Kranken-, Pflegeversicherung sowie nach dem Recht der ArbeitsfĶrderung unterlag und Herr W3 in der Zeit vom 1. Januar 2012 bis 28. Februar 2014 nicht der Versicherungspflicht in der Renten- und Arbeitslosenversicherung unterlag.

das Urteil des Sozialgerichts Mannheim vom 18. März 2022 und den Bescheid der Beklagten vom 11. Juni 2018 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 13. Februar 2020 abzuändern und festzustellen, dass sie in der Zeit vom 1. Januar 2012 bis 31. Dezember 2015 nicht der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung sowie nach dem Recht der Arbeitsförderung unterlag.

Die Beklagte beantragt,

Â die Berufungen der Klägerinnen zurückzuweisen.

Sie hÃxlt die Entscheidung des SG für rechtsfehlerfrei und den Berufungsvortrag insgesamt få¼r nicht neu. Die von der Klå¤gerin Ziffer 1 mit der Berufungsbegründung herangezogenen Entscheidungen des BSG würden ihre Argumentation gerade nicht stå¼tzen. Eine Eingliederung der Klå¤gerin Ziffer 2 bestehe danach zweifellos, da sie sich der Infrastruktur der KlĤgerin Ziffer 1 bediene und gegenüber den Mandaten der Klägerin Ziffer 1 nicht als SelbststĤndige aufgetreten sei. Auch habe das SG zutreffend ausgefļhrt, dass die Rahmenvereinbarung so allgemein gehalten worden sei, dass eine weitere Konkretisierung der Arbeit erforderlich geworden sei, was ebenfalls eine Weisung darstelle. Auf die HonorarhĶhe komme es angesichts dieser anderen UmstĤnde nicht entscheidend an. An einem Unternehmerrisiko fehle es, wenn die geleistete Arbeit in jedem Fall vergütet werde und diesbezüglich kein Risiko des Verlusts bestehe. Hierzu verweise sie auch auf das Senatsurteil vom 15.12.2020 (L 9 R 3422/17), das abgesehen von der Vergütungsvereinbarung vergleichbar sei. Gleiches gelte für den Beigeladenen Ziffer 2. Ein Indiz für eine abhängige BeschĤftigung liege vor, wenn zwar die Annahme bestimmter AuftrĤge abgelehnt werden könne, bei Annahme jedoch eine Eingliederung in die Arbeitsorganisation des Weisungsgebers vorliege.

Die Beigeladenen haben keine AntrĤge gestellt.

In der mýndlichen Verhandlung des Senats haben der Beigeladene Ziffer 2 und sein Bruder W3 als Gesellschafter der KIägerin Ziffer 1 persönliche Angaben gemacht.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sachverhaltes sowie des Vorbringens der Beteiligten wird auf den Inhalt der Verwaltungsakten der Beklagten sowie die Klageakten des SG in den beiden verbundenen Klageverfahren und die Gerichtsakte zweiter Instanz Bezug genommen.

EntscheidungsgrÃ¹/₄nde

1. Die gemäÃ☐ <u>§ 143 SGG</u> statthafte und nach <u>§ 151 Abs. 1 SGG</u> form- und fristgerecht eingelegte Berufung der Klägerin Ziffer 1 ist auch im Ã☐brigen zulässig.

Gegenstand der Berufung der Klägerin Ziffer 1 ist neben dem Urteil des Sozialgerichts Mannheim vom 18.03.2022 der Bescheid der Beklagten vom 11.06.2018 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 10.12.2019.

2. Die gemäÃ□ <u>§ 143 SGG</u> statthafte und nach <u>§ 151 Abs. 1 SGG</u> form- und fristgerecht eingelegte Berufung der Klägerin Ziffer 2 ist auch im Ã□brigen zulässig.

Gegenstand der Berufung der KlĤgerin Ziffer 2, die keinen Berufungsantrag formuliert hat und insgesamt auf den bisherigen Vortrag Bezug genommen hat, ist neben dem Urteil des SG vom 18.03.2022 insoweit, als es die Klagen in Bezug auf die Feststellung der Beklagten zur Versicherungspflicht der Klägerin Ziffer 2 abgewiesen hat, der Bescheid der Beklagten vom 11.06.2018 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 13.02.2020. Bei dem von der KlÄgerin Ziffer 2 angefochtenen â∏Bescheid vom 11.06.2018â∏ handelt es sich bei Auslegung des gesamten Vorbringens der Klägerin Ziffer 2 nicht ausschlieÃ□lich um die unter dem Datum 11.06.2018 an sie selbst gerichtete Prüfmitteilung der Beklagten, die nach ihrem Inhalt weder formell einen Verwaltungsakt darstellte noch eine Regelung getroffen, sondern im Wesentlichen auf die im Betriebsprüfungsbescheid vom 11.06.2018 geregelten Feststellungen verwiesen hat. Sondern es handelt sich dabei sachdienlich ausgelegt um den an die KlĤgerin Ziffer 1 gerichteten Betriebsprüfungsbescheid vom 11.06.2018 insoweit, als darin die Versicherungspflicht der KlĤgerin Ziffer 2 in der gesetzlichen Rentenversicherung, Kranken- und Pflegeversicherung und nach dem Recht der Arbeitsfå¶rderung få¼r die Tå¤tigkeit bei der Klå¤gerin Ziffer 1 in der Zeit vom 01.01.2012 bis 31.12.2015 festgestellt wurde. Zwar hat die KlAzgerin Ziffer 2 mit ihrem Widerspruch nur auf â∏den Bescheid vom 11.06.2018â∏ Bezug genommen und mit ihrer Klage lediglich die Prüfmitteilung vorgelegt. Sie hat aber durch den Hinweis auf die Widerspruchsbegrļndung der KlĤgerin Ziffer 1 gegen den Betriebsprüfungsbescheid, die sie sich ihre Person betreffend ausdrücklich zu eigen gemacht hat, hinreichend klargestellt, dass sie sich gegen die von der Beklagten im Betriebsprļfungsbescheid erfolgte und ihr mit der Prļfmitteilung mitgeteilte Feststellung ihrer Versicherungspflicht in der TÄxtigkeit bei der

Klägerin Ziffer 1 wenden wollte. Da die Klägerin Ziffer 2 durch die im Betriebsprýfungsbescheid vom 11.06.2018 neben der Beitragsforderung gegen die Klägerin Ziffer 1 enthaltene Statusentscheidung zu ihrer Person unmittelbar betroffen und materiell beschwert ist, war sie befugt, hiergegen Widerspruch einzulegen (vgl. insgesamt LSG Berlin-Brandenburg, Urteil vom 10.02.2023 â \square L 28 BA 59/20 -, Juris). Ã \square ber den Widerspruch hat die Beklagte ihr gegen¾ber auch inhaltlich durch Widerspruchsbescheid vom 13.02.2020 entschieden.

- 3. Entgegen dem schriftsÄxtzlich auch im Berufungsverfahren noch gestellten Antrag der KlĤgerin Ziffer 1 war die KlĤgerin Ziffer 2 nicht zu ihrem Klageverfahren notwendig beizuladen. Zwar sind bei einem Rechtsstreit um personenbezogene Beitragsbescheide die betroffenen Beschägftigten notwendig beizuladen (vgl. BSG, Urteil vom 16.12.2015 â∏∏ B 12 R 1/14 R -, Juris Rn. 14 m. w. N.). Aufgrund der zur gemeinsamen Verhandlung und Entscheidung erfolgten Verbindung der beiden Klagen, die sich insoweit, als die Beklagte eine Statusentscheidung betreffend die KlĤgerin Ziffer 2 getroffen hat, jeweils gegen den gleichen Bescheid richten, und des Umstandes, dass beide KlĤgerinnen im vorliegenden Verfahren jeweils Berufung gegen die einheitliche Entscheidung über die verbundenen Klagen führen, ist eine einheitliche Entscheidung gegenüber beiden Klägerinnen durch die Stellung der Klägerin Ziffer 2 auch als BerufungsklĤgerin bereits sichergestellt und eine notwendige Beiladung der Klägerin Ziffer 2 zum Berufungsverfahren nicht erforderlich. Der Beigeladene Ziffer 2 wurde bereits zu den verbundenen Klageverfahren durch das SG notwendig beigeladen. Diese Beiladung wirkt in der Berufungsinstanz fort, so dass eine erneute notwendige Beiladung zum Verfahren nicht erforderlich ist. Ebenso wirkt die vom SG vorgenommene Beiladung der Beigeladenen Ziffer 1 fort und ist aufgrund der ausdrücklich fehlenden Beantragung ihrer Beiladung auf die entsprechende Anhã¶rung nach <u>§ 75 Abs. 2b SGG</u> durch das SG auch die Bundesagentur fÃ¹/₄r Arbeit als weiterer betroffener Fremdversicherungsträger nicht zum Berufungsverfahren beizuladen.
- 4. Die Berufung der Klägerin Ziffer 2 ist unbegrþndet. Zu Recht hat das SG die auf Aufhebung des Bescheids vom 11.06.2018 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 13.02.2020 und Feststellung des Nichtbestehens von Versicherungspflicht der Klägerin Ziffer 2 in der gesetzlichen Renten-, Kranken- und sozialen Pflegeversicherung sowie nach dem Recht der Arbeitsförderung fþr die Tätigkeit bei der Klägerin Ziffer 1 im Zeitraum vom 01.01.2012 bis 31.12.2015 gerichtete kombinierte Anfechtungs- und Feststellungsklage (§ 54 Abs. 1, § 55 Abs. 1 Nr. 1, § 56 SGG) abgewiesen. Die Klage war zulässig, aber unbegrþndet. Denn der Bescheid vom 11.06.2018 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 13.02.2020 ist rechtmäÃ∏ig und verletzt die Klägerin nicht in ihren Rechten.
- a) Der Bescheid vom 11.06.2018 ist trotz unterbliebener Anhörung der Klägerin Ziffer 2 formell rechtmäÃ \square ig. Sie war als Drittbetroffene des BetriebsprÃ 1 /4fungsbescheids nicht zuvor gemÃ 2 A \square 2 A \square 2 Abs. 1 SGB X anzuhören, weil sie insofern nicht zu den Beteiligten im Sinne von 2 A \square 2 Abs. 1 SGB X der bei der KlÃ \square gerin Ziffer 1 durchgefÃ \square 4hrten BetriebsprÃ \square 4fung gehörte (vgl. LSG Berlin-

Brandenburg, Urteil vom 10.02.2023 â \square <u>L 28 BA 59/20</u> â \square a.a.O.). Die Beklagte hat der Kl \tilde{A} ×gerin Ziffer 2 das Ergebnis der Betriebspr \tilde{A} 1/4fung mit der Pr \tilde{A} 1/4fmitteilung in der Absicht zugeleitet, dass sie davon Kenntnis erlangt, so dass er ihr gegen \tilde{A} 1/4ber wirksam wurde.

b) Der Bescheid ist auch materiell-rechtmäÃ□ig.
Insoweit haben die Beklagte im angefochtenen Bescheid und das SG im angefochtenen Urteil zutreffend die Rechtsgrundlagen für die getroffene Feststellung der Versicherungspflicht in allen Zweigen der Sozialversicherung und die ständige Rechtsprechung des BSG zur hierbei maÃ□geblichen Abgrenzung einer abhängigen Beschäftigung von einer selbstständigen Tätigkeit dargestellt. Hierauf wird zur Vermeidung von Wiederholungen Bezug genommen.

Unter Anwendung dieser Grundsätze gelangt der Senat ebenso wie das SG zu der Ã∏berzeugung, dass unter Berücksichtigung der Umstände des vorliegenden Lebenssachverhalts nach deren Gewichtung und Gesamtwürdigung die Klägerin Ziffer 2 in ihrer Tätigkeit für die Klägerin Ziffer 1 abhängig beschäftigt war und damit der Versicherungspflicht wie von der Beklagten festgestellt unterlag.

Hierzu stellt der Senat fest, dass die KlAzgerin Ziffer 2 eigene BA¼rorAzume mit eigener Büroausstattung unterhalten hat und über eigenes Briefpapier mit eigenem Logo, einer eigenen Telefonnummer und eigenen Visitenkarten verfļgte. Sie verfügte über die Software Lexware, nicht aber über einen eigenen DATEV-Zugang. Sie hatte seit 1997 ein Gewerbe als Büroservice angemeldet und war im streitigen Zeitraum auch für andere Auftraggeber tÃxtig, den überwiegenden Anteil ihrer Einkünfte (etwa 70 -75 %) bezog sie aber im gesamten streitigen Zeitraum aus der TĤtigkeit fļr die KlĤgerin Ziffer 1. Die KlĤgerin Ziffer 2 übte ihre Tätigkeit für die Klägerin Ziffer 1 auf Grundlage des mit dieser geschlossenen Vertrags aus, der durch jeweilige Ã\u00f4bertragung konkreter Projekte durch die KlĤgerin Ziffer 1 fortlaufend konkretisiert wurde. Sie war zur persönlichen Arbeitsleistung verpflichtet und hat im streitigen Zeitraum auch keine eigenen Arbeitnehmer beschäuftigt. Sie hatte keinen Schlä¼ssel zu den RĤumlichkeiten der KlĤgerin Ziffer 1 und keinen eigenen Arbeitsplatz in den Räumlichkeiten der Klägerin Ziffer 1, musste aber ganz überwiegend in den Räumlichkeiten der Klägerin Ziffer 1 zu deren Bürozeiten mit einem für sie von der KlĤgerin Ziffer 1 bereitgestellten Gastzugang zu DATEV und den in den RĤumlichkeiten der KlĤgerin gelagerten Unterlagen von deren Mandanten an verschiedenen Arbeitspläxtzen arbeiten. Hierzu musste sie ihre Anwesenheitszeit vorher mit der KlĤgerin Ziffer 1 abstimmen, damit nicht alle vorhandenen ArbeitsplÄxtze durch die anderen Mitarbeiter der KlÄxgerin Ziffer 1 belegt waren. Daher war vereinbart, dass sie in der Regel an festen Wochentagen nachmittags in den RĤumen der KlĤgerin Ziffer 1 gearbeitet hat, nur ganz ausnahmsweise an anderen Tagen zu anderen Zeiten, wie die anwesenden Gesellschafter der KlĤgerin Ziffer 1 in der mündlichen Verhandlung des Senats angegeben haben. Die KlÄzgerin Ziffer 2 war zwar frei darin, einzelne Projekte abzulehnen. Bei der Bearbeitung angenommener Projekte war sie aber verpflichtet, sich die erforderlichen Informationen von den Gesellschaftern der KlĤgerin Ziffer 1 zu besorgen und an die ihr von den Gesellschaftern der KlĤgerin Ziffer 1 mitgeteilten

Fristen sowie etwaige sich aus gesetzlichen Rahmenbedingungen ergebende Fristen und gesetzliche Vorschriften zur inhaltlichen Ausfļhrung gebunden und ergab sich der Umfang der TĤtigkeit aus der Anzahl der Belege. Sie ļbte im Gegensatz zu den anderen angestellten Buchhalterinnen der KlĤgerin Ziffer 1 keinen allgemeinen Bļrodienst aus und hatte grundsĤtzlich keinen direkten Kontakt zu den Mandanten der KlĤgerin Ziffer 1. Sie verfľgte auch durchgehend ļber eine E-Mail-Adresse bei der KlĤgerin Ziffer 1, die sie aber nicht verwendete, da der gesamte Kontakt zu den Mandanten der KlĤgerin Ziffer 1 Ä⅓ber deren Gesellschafter erfolgte. Soweit sich in der Bearbeitung von Ä⅓bernommenen Projekten RÄ⅓ckfragen der Mandanten der KlĤgerin Ziffer 1 ergaben oder aber die KlĤgerin Ziffer 2 RÄ⅓ckfragen an die Mandanten hatte, erfolgte dies nach den Feststellungen des Senats jeweils Ä⅓ber die Gesellschafter der KlĤgerin Ziffer 1. Auch die Anforderung und RÄ⅓ckgabe der erforderlichen Unterlagen erfolgte jeweils Ä⅓ber die Gesellschafter der KlĤgerin Ziffer 1.

Dass die Klägerin Ziffer 2 im streitigen Zeitraum für mehrere Auftraggeber tätig war, ist kein relevantes Indiz für eine abhängige oder selbstständige Tätigkeit, da sich die streitige Feststellung nur auf das konkrete Auftragsverhältnis bezieht und hierbei maÃ \square geblich die Umstände dieses konkreten Verhältnisses in die Gesamtabwägung einzustellen sind (vgl. BSG, Urteil vom 07.06.2019 â \square B 12 R 6/18 R -, Juris Rn. 31 f.)

Soweit die Klägerinnen vortragen, die Klägerin Ziffer 2 sei in der Ausübung ihrer Arbeit nach Ort, Arbeitsmittel, Zeit, Art und Weise ihrer Organisation frei gewesen, damit nicht in den Betrieb der Klägerin Ziffer 1 eingegliedert, und habe keinen Weisungen der Klägerin Ziffer 1 unterlegen, werten sie die tatsächlichen Umstände der Tätigkeit unzutreffend. Vielmehr bestand eine deutliche Eingliederung der Klägerin Ziffer 2 in den Betrieb der Klägerin Ziffer 1, was maÃ∏geblich fÃ⅓r eine Beschäftigung spricht.

Hinsichtlich des Orts der Arbeitsleistung, der Wahl der Arbeitsmittel und der Verwendung ihrer Zeit war die Kl\(\tilde{A}\)\magerin Ziffer 2 nicht frei. Sie verf\(\tilde{A}\)\/4gte zwar über eigene Büroräume, eigene Hardware und eigene Software (Lexware), war aber abgesehen von Vorarbeiten an die Verwendung der Software der KlĤgerin Ziffer 1 (DATEV) gebunden und hielt sich hieran auch tatsĤchlich. Die KlĤgerin Ziffer 2 hatte keinen eigenen DATEV-Zugang, sondern nutzte ausschlie̸lich den ihr von der Kl\tilde{A}\tilde{\text{g}}\text{gerin Ziffer 1 zur Verf\tilde{A}^{1}\sqrt{4}\text{gung gestellten Gastzugang und musste das auch. Da dies nur in den RĤumlichkeiten der KlĤgerin Ziffer 1 an einem der dortigen Arbeitspläxtze mäglich war und grundsäxtzlich auch die Unterlagen der Mandanten in den RĤumlichkeiten der KlĤgerin Ziffer 1 aufbewahrt wurden, war die Klägerin Ziffer 2 nicht nur in Bezug auf die genutzte Hard- und Software, sondern auch hinsichtlich des Arbeitsortes ganz überwiegend nicht frei. Diese tatsÃxchliche Handhabung entspricht auch der vertraglichen Vereinbarung zwischen den KlÄgerinnen. Schon im geschlossenen Vertrag war hierzu festgelegt, dass die KlĤgerin Ziffer 2 alle erforderlichen rĤumlichen und technischen Mittel bei der KlA¤gerin Ziffer 1 zur VerfA¼gung gestellt bekommen werde (§ 2 Nr. 2). Insoweit haben auch die Gesellschafter der KlĤgerin Ziffer 1 in der mündlichen Verhandlung des Senats, ebenso wie bereits schriftlich im Verwaltungs- und

Widerspruchsverfahren eingeräumt, dass die Möglichkeit zur Nutzung der eigenen Software und die Ã□bertragung von Arbeitsergebnissen in die Software der Klägerin Ziffer 1 zwar technisch möglich gewesen wäre, dass sich dies aber nicht bewährt habe und daher im streitigen Zeitraum diese Handhabung tatsächlich nicht mehr erfolgt ist. Ebenso wurde eingeräumt, dass es nicht für praktikabel angesehen wurde, die Unterlagen der Mandanten in die eigenen Räumlichkeiten der Klägerin Ziffer 2 zu verschaffen, so dass auch insoweit eine Bearbeitung tatsächlich nur in den Räumlichkeiten der Klägerin Ziffer 1 stattfinden konnte und auch stattgefunden hat.

Auch hinsichtlich der Festlegung ihrer Arbeitszeit war die KlĤgerin Ziffer 2 nicht frei. Zwar sollte sie nach dem Vertrag hinsichtlich der Art der Durchfļhrung und der Verwendung ihrer Zeit grundsAxtzlich frei sein (A§ 2 Nr. 1 Satz 1) und haben die KIägerinnen auch übereinstimmend erklärt, dass sie dies gewesen sei. Allerdings ergibt sich aus den weiteren vertraglichen Regelungen und den weiteren Angaben der KlAzgerinnen zur tatsAzchlichen Handhabung etwas anderes. Bereits nach der weiteren vertraglichen Vereinbarung in § 2 Nr. 1 Satz 2 des geschlossenen Vertrages hatte sie sich an die allgemeinen Bürozeiten zu halten und war sie auch tatsÃxchlich hierzu gezwungen, da sie gar keinen Schlüssel zu den RĤumlichkeiten der KlĤgerin Ziffer 1 hatte, in denen sie, wie bereits oben dargestellt, ganz überwiegend gearbeitet hat. Zwar hat die Klägerin Ziffer 2 einerseits nur dann für die Klägerin Ziffer 1 gearbeitet, wenn sie nicht anderweitig verplant war, was fýr eine gewisse Freiheit spricht, aber andererseits konnte sie dort eben auch nur zu den Bürozeiten der Klägerin Ziffer 1 arbeiten und nur zu Zeiten, an denen nicht alle Arbeitspläxtze durch andere Mitarbeiter der Klägerin Ziffer 1 belegt waren. Dies musste sie auch im Vorfeld absprechen, was insgesamt für eine Einbindung in die betrieblichen Abläufe der Klägerin Ziffer 1 spricht.

Hinsichtlich der Art und Weise der Tätigkeit war die Klägerin Ziffer 2 ebenfalls entgegen den allgemeinen Angaben in § 2 Nr. 1 des Vertrages nicht frei. Sie war verpflichtet, die Tätigkeit selbst durchzuführen und es war ihr untersagt, Unteraufträge zu vergeben (§ 1 Nr. 2 Sätze 1 und 2). Auch tatsächlich hat sie im streitigen Zeitraum keine Unteraufträge erteilt und keine Hilfspersonen beschäftigt.

Weiter war sie bereits nach dem Vertrag (§ 1 Nr. 3) verpflichtet, sich Ã⅓ber die ihre Beratung betreffenden betrieblichen Gegebenheiten bei der Klägerin Ziffer 1 zu informieren, und in § 5 des Vertrages waren die Grundsätze der Zusammenarbeit dahin geregelt, dass die Klägerin Ziffer 1 ihre Erwartungshaltung zum Auftreten der Klägerin sowohl im Verhältnis zu den Mandanten der Klägerin Ziffer 1 als auch zu den anderen Mitarbeitern und Dritten insbesondere in Bezug auf den Ruf der Klägerin Ziffer 1 herausgestellt hat. Zwar haben die Klägerinnen angegeben, dass die Klägerin Ziffer 2 hinsichtlich der Art und Weise der Bearbeitung und ihrer eigenen Arbeitsorganisation frei gewesen sei und sie keine konkreten Weisungen erhalten habe. Nachdem der geschlossene Vertrag aber als Vertragsgegenstand lediglich die Tätigkeit der Klägerin Ziffer 2 als â∏Beraterinâ∏∏ nennt, war aber zwangsläufig erforderlich, dass eine Abstimmung

zwischen den KlĤgerinnen dazu erfolgen musste, wann überhaupt welche TÃxtigkeiten anfallen würden. Hierzu haben die Gesellschafter der KlÃxgerin Ziffer 1 in der mündlichen Verhandlung vor dem Senat auch angegeben, dass die erforderlichen Absprachen mit der KlĤgerin Ziffer 2 jeweils durch die damaligen Gesellschafter der KlĤgerin Ziffer 1 getroffen wurden; und dass ihr die anstehenden Arbeiten, deren etwaiger Umfang und die hierfA¼r geltenden Fristen jeweils durch die damaligen Gesellschafter persĶnlich, telefonisch, persĶnlich oder per E-Mail mitgeteilt wurden, dass etwaige Rückfragen der Klägerin Ziffer 2 an die Mandanten der KlĤgerin Ziffer 1 oder etwaige Rückfragen der Mandanten zur jeweiligen Bearbeitung immer über die Gesellschafter gelaufen sind. Auch haben die Gesellschafter der KlĤgerin Ziffer 1 jeweils die Unterlagen ihrer Mandanten angefordert und in Empfang genommen sowie nach Abschluss der Bearbeitung an die Mandanten zurļckgegeben. Dazwischen haben sie die Unterlagen der KlĤgerin Ziffer 2 in den RĤumlichkeiten der KlĤgerin Ziffer 1 zur Bearbeitung zur Verfügung gestellt. Hier ist zu beachten, dass auch berufsrechtliche, steuerberatungsrechtliche Weisungsrechte nicht vom Begriff der â∏Weisungenâ∏∏ im Sinne des <u>§ 7 Abs. 1 Satz 2 SGB IV</u> ausgenommen sind (BSG, Urteile vom 27.04.2021 â∏ B 12 KR 27/19 R â∏ und vom 07.07.2020 â∏ 12 R 17/18 R -, jeweils Juris). Bei der GesamtabwĤgung sind auch solche UmstĤnde zu berücksichtigen, die einer Tätigkeit ihrer Eigenart nach immanent, durch gesetzliche Vorschriften oder eine Ķffentlich-rechtliche Aufgabenwahrnehmung bedingt sind oder auf sonstige Weise â□□in der Natur der Sacheâ□□ liegen (BSG, Urteile vom 27.04.2021 $\hat{a} \square \square B$ 12 KR 27/19 R und B 12 R 16/19 R -, jeweils Juris). Diesen UmstĤnden ist nach der Rechtsprechung des BSG zwar nicht zwingend eine entscheidende Indizwirkung fýr eine abhängige Beschäftigung beizumessen, umgekehrt ist eine abhĤngige BeschĤftigung aber auch nicht allein deshalb ausgeschlossen, weil sich bestimmte Weisungsrechte oder Vorgaben aus der Eigenart der TÄxtigkeit ergeben oder ihr innewohnen (BSG, Urteil vom 27.04.2021 â∏ B 12 R 16/19 R -, Juris m. w. N.). Indizwirkung gegen eine Beschäftigung und für eine selbstständige Tätigkeit besteht vielmehr dann, wenn bei Verrichtung der TÄxtigkeit eine Weisungsfreiheit verbleibt, die sie insgesamt als unternehmerische kennzeichnet. Denn ob und inwieweit einzelne UmstÄxnde einer Tätigkeit â∏ihrer Natur nachâ∏ immanent sind, hängt wesentlich mit der zu beurteilenden TÄxtigkeit und ihrer konkreten Ausgestaltung zusammen. Je enger der übertragene TÃxtigkeitsbereich abgesteckt ist, weil die Auftrag- oder Arbeitgeberin nicht auf eigene GestaltungsmĶglichkeiten verzichtet oder verzichten kann, desto weniger Spielraum kann der übertragenen TÃxtigkeit noch immanent sein. Aus welchen Gründen eine TÃxtigkeit nach Weisungen und unter Eingliederung in eine fremde Arbeitsorganisation statt weisungsfrei ausgeübt wird, spielt insoweit keine Rolle. Unerheblich ist auch, ob die Ausübung der Tätigkeit mit einer gröÃ∏eren Gestaltungsfreiheit (rechtlich oder tatsächlich) überhaupt möglich wäre (vgl. BSG, Urteil vom 27.04.2021 â∏ B 12 R 16/19 R â∏∏ a.a.O. Rn. 16a).

Eine solche für eine selbstständige Tätigkeit sprechende Gestaltungsfreiheit der Klägerin Ziffer 2 bei der Bearbeitung der übernommenen Aufgaben lässt sich vorliegend gerade nicht feststellen. Zwar haben die Klägerinnen angegeben, dass die Klägerin Ziffer 2 intern als freie Mitarbeiterin bekannt war und nach

auà en nicht bzw. nur im Auftrag der Klà gerin Ziffer 1 und damit ersichtlich als freie Mitarbeiterin aufgetreten sei. Allerdings hatte die Klà gerin Ziffer 2 durchaus eine Firmen-E-Mail-Adresse der Klà gerin Ziffer 1 und mit dieser, nachweislich jedenfalls im Jahr 2017, auch nach auà en kommuniziert. Darà her hinaus hat Herr W3 als Gesellschafter der Klà gerin Ziffer 1 in der mà hollichen Verhandlung des Senats angegeben, dass die Klà gerin Ziffer 2 à herhaupt nicht nach auà en in Erscheinung getreten ist und damit auch nicht ersichtlich als freie Mitarbeiterin oder ausdrà kcklich im Auftrag der Klà gerin Ziffer 1.

Damit war die KlĤgerin Ziffer 2 entgegen der Wertung der KlĤgerinnen in den Betrieb der KlĤgerin Ziffer 1 hinsichtlich Ort, Arbeitsmittel, Zeit und Art der Ausfļhrung der TĤtigkeit eingegliedert und unterlag zumindest in gewissem Umfang einem Weisungsrecht der KlĤgerin Ziffer 1, was fļr eine abhĤngige BeschĤftigung spricht.

Auch wenn laut des auf Dauer geschlossenen Vertrages keine Mindeststundenanzahl garantiert war und die Klägerin Ziffer 2 grundsätzlich das Recht hatte, Aufträge abzulehnen, bewegte sich ausweislich der vorgelegten Unterlagen der nach Stundenlohn bezahlte Umfang der Tätigkeit doch ganz ýberwiegend in einem gleichbleibenden Rahmen. Die Rechnungen der Klägerin Ziffer 2 wurden auch nicht projektbezogen, sondern nahezu durchgehend monatlich gestellt und der geltend gemachte Aufwand anhand eines Stundenaufschriebs unter Angabe der jeweiligen Arbeitstage mit Uhrzeit des Beginns und Endes kontrolliert.

Dass die Klägerin Ziffer 2 über eigene Betriebsmittel in Form eines eigenen Bþros mit entsprechender Ausstattung verfügte, ist vorliegend nur ein sehr schwaches Indiz für eine selbstständige Tätigkeit der Klägerin Ziffer 2 für die Klägerin Ziffer 1, da die Klägerin Ziffer 2 ganz überwiegend gerade ohne eigene Ausstattung in den Räumen der Klägerin Ziffer 1 mit den dortigen Arbeitsmitteln arbeiten musste und dies auch getan hat.

Dass die KlĤgerin Ziffer 2 ein eigenes Gewerbe angemeldet hatte, eine eigene Homepage betrieben hat, ihr von der KlĤgerin Ziffer 1 keine Mindeststundenzahl garantiert wurde, sie selbst koordinieren konnte, wann und welche AuftrĤge verschiedener Auftraggeber sie angenommen und bearbeitet hat, und dass die Klägerin Ziffer 1 ihr eingeschränkt durch ein Konkurrenzverbot das Tätigwerden auch für andere Arbeitgeber erlaubt hat, spricht für eine Selbstständigkeit der Klägerin Ziffer 2. Allerdings handelt es sich hierbei ebenfalls um ein schwaches Indiz. Denn ausweislich der vorliegenden Unterlagen hat die KlĤgerin Ziffer 2 im Rahmen des auf Dauer geschlossenen Vertrages im gesamten streitgegenstĤndlichen Zeitraum tatsĤchlich ein monatlich nahezu gleichbleibendes Einkommen auf Basis eines zeitlich wenig schwankenden Arbeitsumfangs erzielt. ̸berdies erfolgte die zeitliche Koordination nicht nur einseitig durch die KlĤgerin Ziffer 2, sondern war einerseits durch die einzuhaltenden Fristen und andererseits auch durch die Bürozeiten der Klägerin Ziffer 1 und der Verfļgbarkeit eines Arbeitsplatzes in den RĤumen der KlĤgerin Ziffer 1 vorgegeben.

Auch ein wesentliches Unternehmerrisiko der Klägerin Ziffer 2 ist nicht erkennbar. Sie wurde für alle Arbeitsstunden, die sie geleistet hatte, vergütet und hatte damit insoweit kein Ausfallrisiko. Nach der vertraglichen Regelung und der tatsächlichen Handhabung des Vertragsverhältnisses zwischen den Klägerinnen war die Unterhaltung eines eigenen Büros mit eigener Ausstattung der Klägerin Ziffer 2 im streitigen Zeitraum nicht einmal erforderlich, da sich sowohl die Verschaffung der erforderlichen Unterlagen in die Räumlichkeiten der Klägerin Ziffer 2 als auch die Bearbeitung der übernommenen Projekte mit der eigenen Software und die Ã□bertragung dieser Arbeiten in die Software der Klägerin Ziffer 1 nicht bewährt hatte und daher die Bearbeitung tatsächlich in den Räumlichkeiten der Klägerin Ziffer 1 mit deren Ausstattung erfolgte.

Es besteht kein Anlass, an den Angaben der KlĤgerinnen zu zweifeln, dass die Tätigkeit der KIägerin Ziffer 2 für die KIägerin Ziffer 1 durch ein Inserat der Klägerin Ziffer 2 zustande gekommen ist, und dass die Klägerin Ziffer 2 an einer freien Mitarbeit interessiert war. Auch aus dem geschlossenen Vertrag wird deutlich, dass beide Beteiligte eine freie Mitarbeit vereinbaren wollten. Es ist auch glaubhaft, dass die KlĤgerin Ziffer 2 die freie Mitarbeit insbesondere deshalb gewollt hatte, um wegen ihrer Kinder zeitlich flexibel zu sein. Allerdings war die KIägerin Ziffer 2 tatsächlich in der zeitlichen Gestaltung insoweit nicht flexibel, als von Seiten der KlĤgerin Ziffer 1 die Vorgabe erfolgte, dass die KlĤgerin Ziffer 2 nur zu den Bürozeiten der Klägerin Ziffer 1 in deren Räumen arbeiten konnte und dies mangels Einrichtung eines jederzeit freistehenden eigenen Arbeitsplatzes $f\tilde{A}\frac{1}{4}r$ die Kl \tilde{A} ¤gerin Ziffer 2 auch nur, soweit ein dortiger Arbeitsplatz frei war und nicht alle PlÄxtze durch die weiteren Mitarbeiter belegt war. Allein der beiderseitige Wille, eine freie Mitarbeit zu begründen, ist aber nicht ausschlaggebend für die Einordnung, sondern es ist zu berücksichtigen, wie die vertraglichen Vereinbarungen tatsÄxchlich gelebt werden. Dass die KlÄxgerinnen keine arbeitnehmertypischen Schutzrechte vereinbart, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Urlaubsanspruch, Anspruch auf Urlaubsgeld, ̸bernahme von Fortbildungskosten nicht vereinbart haben, entspricht dem Willen, eine freie TÄxtigkeit zu begrļnden, ist aber nicht konstituierend für eine freie Mitarbeit, wie bereits das SG zutreffend ausgeführt hat. Die wertende Zuordnung nach § 7 SGB IV kann nicht mit bindender Wirkung für die Sozialversicherung durch die Vertragsparteien vorgegeben werden. Denn über zwingende Normen kann nicht im Wege der Privatautonomie verfüqt werden. Die statusrechtliche Beurteilung richtet sich insoweit an den tatsÄxchlichen Feststellungen ļber die Ausgestaltung der w. N.).

Die Nichtgewährung einer Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall, von Urlaub und Urlaubsgeld ist ebenfalls lediglich Ausdruck der Intention der Klägerinnen, eine selbstständige Tätigkeit zu wollen; unternehmerische Freiheiten sind damit nicht verbunden (vgl. BSG, Urteil vom 28.05.2022 â∏∏ B 12 R 3/20 R -, Juris Rn. 23).

Soweit die Klägerinnen die Abrechnung nach Stunden statt der Gewährung einer monatlichen Bruttopauschale als Indiz für eine selbstständige Tätigkeit anführen, ist dem entgegen zu halten, dass es auch bei Arbeitnehmern durchaus

ýblich ist, dass der Bruttopauschale eine wöchentlich/monatlich zu erbringende Anzahl von Arbeitsstunden zugrunde liegt. Dies dÃ⅓rfte auch bei den angestellten Buchhalterinnen der Klägerin Ziffer 1 der Fall sein, nachdem die Klägerin Ziffer 1 deren Monatslohn zum Vergleich mit dem mit der Klägerin Ziffer 2 vereinbarten Stundenlohn auf die Stunde heruntergebrochen hat. Ã□berdies kann die VergÃ⅓tung nach Stunden auch gerade gegen eine selbstständige Tätigkeit sprechen, da hierdurch auch die Chance genommen ist, durch schnelleres und effizienteres Arbeiten im Rahmen eines Auftrages mehr Geld in weniger Arbeitszeit zu erhalten. Aus dem (allgemeinen) Risiko, auÃ□erhalb der Erledigung einzelner Aufträge zeitweise die eigene Arbeitskraft gegebenenfalls nicht verwerten zu können, folgt kein Unternehmerrisiko bezÃ⅓glich der einzelnen Einsätze (vgl. BSG, Urteil vom 18.11.2015 â□□ B 12 KR 16/13 R -, Juris).

Auch der Umstand, dass die Klägerin Ziffer 2 einen höheren Stundenlohn erhalten hat als die angestellten Buchhalterinnen der Klägerin Ziffer 1 bei Umrechnung deren Monatslohn auf die hierfýr zu leistenden Stunden, ist kein tragendes Indiz fýr eine selbstständige Tätigkeit der Klägerin Ziffer 2. Denn insoweit tragen die Klägerinnen selbst vor, dass es sich nicht um vergleichbare Tätigkeiten gehandelt hat. So wurde die Klägerin Ziffer 2 im Gegensatz zu den angestellten Buchhalterinnen nicht mit allgemeinen Býrotätigkeiten wie Mahnwesen, Telefon- und Týrdienst betraut.

In der Gesamtabwägung überwiegen daher die Gesichtspunkte, die für ein abhängiges Beschäftigungsverhältnis sprechen. Der Senat misst insbesondere der Eingliederung in den Betrieb der Klägerin Ziffer 1 und dem weitgehend fehlenden Unternehmerrisiko maÃ∏gebliches Gewicht fþr die Annahme einer abhängigen Beschäftigung der Klägerin Ziffer 2 mit der Folge der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung, der Kranken- und sozialen Pflegeversicherung und nach dem Recht der Arbeitsförderung zu.

5. Die Berufung der Klägerin Ziffer 1 ist teilweise begründet.

Soweit die KlÄzgerin Ziffer 1 sich gegen den Bescheid vom 11.06.2018 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 10.12.2019 nicht nur wegen der Feststellung der Versicherungspflicht der KlÄzgerin Ziffer 2 und des Beigeladenen Ziffer 2, sondern auch gegen die Beitragsfestsetzung gewandt hat, hat das SG die Klage zu Unrecht bereits als unzulÄxssig abgewiesen. Dem von der KlÄxgerin Ziffer 1 hierzu formulierten Feststellungsantrag war bei sachdienlicher Auslegung hinreichend deutlich zu entnehmen, dass sie im Wege der kombinierten Anfechtungs- und Feststellungsklage den BetriebsprA¹/₄fungsbescheid auch hinsichtlich der darin enthaltenen Beitragsfestsetzung anfechten wollte, was das SG auch als solches erkannt hat. Entgegen den AusfÃ1/4hrungen des SG hierzu war die Anfechtungsklage aber auch insoweit zulÄxssig. Denn Gegenstand eines Betriebsprå¼fungsbescheids ist gerade auch die Nachforderung von Beitrå¤gen im Hinblick auf die Feststellung der Versicherungspflicht. <u>§ 28p Abs. 1 Satz 5 SGB IV</u> ermÃxchtigt ausdrücklich zum Erlass eines Verwaltungsakts zur Versicherungspflicht und zur BeitragshA¶he. Es ist zwar nicht zwingend, die Regelung zur Versicherungspflicht als auch die Regelung zur BeitragshĶhe

gleichzeitig in einem Bescheid zu treffen (vgl. BSG, Urteil vom 24.11.2020 â \square B 12 KR 23/19 R -, Juris Rn. 14). Wenn dies aber â \square wie vorliegend â \square in einem Bescheid geschehen ist, ist der Bescheid auch hinsichtlich beider RegelungsgegenstĤnde anfechtbar und ist im Rahmen der Anfechtungsklage gegen diesen Ã 1 4ber die RechtmÃ x Ã \square igkeit der Beitragsnachforderung zu entscheiden (vgl. BSG, Urteil vom 16.12.2015 â \square B 12 R 1/14 R â \square Rn. 18).

a) Betreffend die KlAzgerin Ziffer 2

Die zulĤssige Klage war insoweit unbegründet, als sie sich gegen die Feststellung der Versicherungspflicht der Klägerin Ziffer 2 und die Festsetzung der Beitragsnachforderung betreffend die Klägerin Ziffer 2 richtete. Der Betriebsprüfungsbescheid vom 11.06.2018 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 10.12.2019 ist insoweit rechtmäÃ∏ig, sowohl in formeller als auch in materieller Hinsicht, und verletzt die Klägerin Ziffer 1 nicht in ihren Rechten. Sie hat insoweit keinen Anspruch auf Aufhebung des Bescheids und Feststellung des Nichtvorliegens von Versicherungspflicht der Klägerin Ziffer 2 im streitgegenständlichen Zeitraum. Vielmehr unterlag die Klägerin Ziffer 2 der Versicherungspflicht in dem von der Beklagten angegebenen Umfang aufgrund ihrer Tätigkeit fÃ⅓r die Klägerin Ziffer 1 im Rahmen eines abhängigen Beschäftigungsverhältnisses wie oben ausgefþhrt.

aa) Feststellung der Versicherungspflicht

Soweit die Klägerin Ziffer 1 mit ihrer Berufung nochmals im Einzelnen die Merkmale auflistet, die aus ihrer Sicht allesamt für eine selbstständige Tätigkeit der Klägerin Ziffer 2, jedenfalls aber nicht für eine abhängige Beschäftigung sprechen, weist der Senat darauf hin, dass die Klägerin Ziffer 1 damit im Wesentlichen nicht die vom SG getroffenen Feststellungen angreift, sondern die Würdigung der festgestellten Merkmale und deren Wertung im Rahmen der anzustellenden Gesamtabwägung. Betreffend die Klägerin Ziffer 2 ist aber vollumfänglich auf die obigen Ausführungen zur Klage der Klägerin Ziffer 2 zu verweisen.

bb) Beitragsfestsetzung

Auch in Bezug auf die Beitragsfestsetzung in Bezug auf die Klä¤gerin Ziffer 2 ist der angefochtene Bescheid formell und materiell rechtmä¤ä∏ig. Die Klä¤gerin Ziffer 1 wurde vor Bescheiderlass angehä¶rt. Ausgehend von der rechtmä¤ä∏igen Feststellung der Versicherungspflicht ergeben sich die von der Beklagten festgesetzten Beitragsforderungen betreffend die Klä¤gerin Ziffer 2. Fehler in der Berechnung sind insoweit weder konkret vorgetragen noch in sonstiger Weise ersichtlich. Soweit die Klä¤gerin Ziffer 1 im Widerspruchsverfahren gerä½gt hat, dass nicht berä½cksichtigt worden sei, dass die Klä¤gerin Ziffer 2 fä¼r den streitgegenstä¤ndlichen Zeitraum bereits Beiträ¤ge få¼r eine freiwillige Krankenversicherung an die Beigeladene Ziffer 1 geleistet hat, hat die Beklagte bereits zutreffend im Widerspruchsbescheid darauf hingewiesen, dass die Pflichtversicherung einem freiwilligen Versicherungsverhä¤ltnis vorgeht und eine etwaige Verrechnung oder Erstattung der Beiträ¤ge zur freiwilligen Versicherung im Verhä¤ltnis zur Beigeladenen Ziffer 1 zu klä¤ren sei und keine Relevanz fä¼r die Feststellung der Versicherungspflicht und dies diesbezä¼glich Beitragsforderung

hat.

Entgegen dem Vorbringen der Klägerin Ziffer 1 sind die Beiträge für das Jahr 2012 auch nicht verjährt, wie vom SG zutreffend dargestellt. Zur Vermeidung von Wiederholungen nimmt der Senat nach eigener PrÃ⅓fung auf die Ausführungen des SG hierzu im angefochtenen Urteil Bezug und schlieÃ□t sich diesen vollumfänglich an.

Mit der Berufungsbegrýndung insoweit stellt die Klägerin Ziffer 1 wiederum jeweils auf das Datum ab, an dem sie Schreiben an die Beklagte versandt hat und nicht auf das Datum, an dem diese bei der Beklagten eingegangen sind. MaÃ□geblich ist aber die Zeit der Untätigkeit der Beklagten. Fþr diese ist relevant der zeitliche Abstand zwischen dem Eingang der letzten angeforderten Mitteilungen der Klägerin Ziffer 1 bei der Beklagten und der Einleitung des nächsten Ermittlungsschrittes durch die Beklagte.

b) Betreffend den Beigeladenen Ziffer 2:

Die zulĤssige Klage ist insoweit begründet, als sie sich gegen die Feststellung der Versicherungspflicht des Beigeladenen Ziffer 2 und die Festsetzung der Beitragsnachforderung betreffend den Beigeladenen Ziffer 2 gerichtet hat. Der Betriebsprüfungsbescheid vom 11.06.2018 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 10.12.2019 ist insoweit rechtswidrig und verletzt die Klägerin Ziffer 1 in ihren Rechten. Sie hat insoweit Anspruch auf Aufhebung des Bescheids und Feststellung des Nichtvorliegens von Versicherungspflicht des Beigeladenen Ziffer 2 im streitgegenständlichen Zeitraum.

aa) Feststellung der Versicherungspflicht

Hierzu stellt der Senat fest, dass der Beigeladene Ziffer 2 eigene Büroräume mit eigener Büroausstattung unterhalten und diese für die Tätigkeiten, die er für die KlĤgerin Ziffer 1 ausgeļbt hat, auch genutzt hat. Im streitigen Zeitraum war er neben seiner Vorbereitung auf die Steuerberaterprļfung nahezu ausschlie̸lich für die Klägerin Ziffer 1 tätig und erzielte nahezu sämtliche Einkünfte (ca. 99 %) hieraus. Er übte seine TÃxtigkeit für die KlÃxgerin Ziffer 1 im streitigen Zeitraum auf Grundlage des mit dieser 2008 geschlossenen Vertrags aus, der durch jeweilige ̸bertragung konkreter Projekte durch die Gesellschafter der KlĤgerin Ziffer 1 konkretisiert wurde. Er war zur persĶnlichen Arbeitsleistung verpflichtet und hat im streitigen Zeitraum auch keine eigenen Arbeitnehmer beschÄxftigt. Er musste sich entgegen der vertraglichen Regelung in § 2 Nr. 1 Satz 2 tatsÃxchlich nicht an den Bürozeiten der KlÃxgerin Ziffer 1 orientieren, sondern war wie in § 2 Nr. 1 Satz 1 des Vertrages geregelt, grundsÃxtzlich in der Einteilung seiner Arbeitszeit frei. Teilweise mussten die TÄxtigkeiten im EDV-Bereich in den Räumlichkeiten der Klägerin Ziffer 1 auÃ∏erhalb der Bürozeiten der Klägerin Ziffer 1 ausgeführt werden, da dort die Server standen und Störungen der Arbeiten mit den EDV-Programmen vermieden werden sollten. Der Beigeladene Ziffer 2 hatte deshalb einen SchlA¼ssel und damit jederzeit Zugang zu den Räumlichkeiten der Klägerin Ziffer 1 und die auÃ∏erhalb der Bürozeiten zu verrichtenden Arbeiten bei freier Zeiteinteilung am späxten Abend oder am Wochenende verrichtet. Er war frei darin, einzelne Projekte abzulehnen und hat

Projekte aufgrund seiner Prüfungsvorbereitungen nur in dem ihm daneben zeitlich noch mĶglichen Umfang angenommen. Der Beigeladene Ziffer 2 hat nach Beendigung seines Studiums im Wesentlichen TAxtigkeiten fA¼r die KlAxgerin Ziffer 1 ausgeübt, die zuvor von anderen externen Unternehmen ausgeübt wurden. Die zuvor bestehenden AuftragsverhÄxltnisse mit diesen Unternehmen wurden durch die KlĤgerin Ziffer 1 beendet anlĤsslich der Ä∏bernahme dieser Tätigkeiten durch den Beigeladenen Ziffer 2. Bei der Bearbeitung angenommener Projekte war er vertraglich verpflichtet, sich die erforderlichen Informationen von der KlÄgerin Ziffer 1 zu besorgen. In der tatsÄgchlichen Handhabung war er in Bezug auf die TAxtigkeiten im IT- bzw. EDV-Bereich weisungsfrei, da er als einziger über die hierfür erforderlichen Kenntnisse verfügte. Ebenso war er weisungsfrei in Bezug auf die ýbernommenen betriebswirtschaftlichen Beratungen, die er für die Gesellschafter der Klägerin Ziffer 1 schriftlich oder als Powerpoint-PrÃxsentation vorbereitet hat. Insoweit unterlag er auch vertraglich ausdrļcklich keinem Konkurrenzverbot. Bei der Ã□bernahme steuerlicher Projekte erfolgten ebenfalls keine Vorgaben durch die Gesellschafter der KlAzgerin Ziffer 1, hier waren aber die sich aus gesetzlichen Regelungen ergebenden Vorgaben und Fristen zu beachten.

Dass der Beigeladene Ziffer 2 im streitigen Zeitraum ganz ýberwiegend nicht mehr für andere Auftraggeber tätig war, ist kein relevantes Indiz für eine abhängige oder selbstständige Tätigkeit, da sich die streitige Feststellung nur auf das konkrete Auftragsverhältnis bezieht und hierbei maÃ□geblich die Umstände dieses konkreten Verhältnisses in die Gesamtabwägung einzustellen sind (vgl. BSG, Urteil vom 07.06.2019 â□ B 12 R 6/18 R -, Juris Rn. 31 f.). Ã□berdies hat der Beigeladene Ziffer 2 nachvollziehbar dargelegt, dass er mit Beginn der intensiven Vorbereitung auf die Steuerberaterprüfung die Tätigkeiten für weitere Auftraggeber eingestellt, hingegen Tätigkeiten für die Klägerin Ziffer 1 weiter in dem zeitlichen Rahmen ausgeübt hat, der ihm neben seiner zeitaufwendigen Prüfungsvorbereitung verblieben ist. Dem entspricht, dass er hieraus in den Jahren 2012 und 2013 ca. 99% seiner Einkþnfte erzielt hat.

Nach den übereinstimmenden Angaben der Klägerin Ziffer 1 und des Beigeladenen Ziffer 2 auch im Rahmen der mündlichen Verhandlung des Senats hat der Beigeladene nach Abschluss seines Studiums nicht mehr Tätigkeiten für die Klägerin Ziffer 1 ausgeübt, wie vorher als studentische Hilfskraft. Vielmehr hat er Tätigkeiten übernommen, die zuvor durch andere externe Mitarbeiter bzw. Unternehmen für die Klägerin Ziffer 1 ausgeübt wurden, und wurde die Zusammenarbeit der Klägerin Ziffer 1 mit diesen externen Mitarbeitern bzw. Unternehmen beendet bzw. reduziert.

Der Beigeladene Ziffer 2 war für die Klägerin Ziffer 1 im Bereich EDV, im Bereich betriebswirtschaftliche Beratung und im steuerlichen Bereich tätig. Im Bereich der EDV war er nach den übereinstimmenden Angaben des Beigeladenen Ziffer 2 und seines Bruders in der mÃ⅓ndlichen Verhandlung des Senats, wie auch schon im Verwaltungsverfahren vorgetragen, aufgrund seiner alleinigen Kenntnis der Materie frei von Weisungen und fÃ⅓hrte die erforderlichen Tätigkeiten in eigener Regie bei freier Zeiteinteilung durch. Aufgrund seines

Schlüssels zu den Räumlichkeiten der Klägerin Ziffer 1 hatte er jederzeit freien Zugang und konnte sich die TAxtigkeiten fA¼r die KlAxgerin Ziffer 1 und die umfangreichen Vorbereitungszeiten auf die anstehenden Prüfungen zum Steuerberater frei einteilen. Anhaltspunkte dafļr, an diesen ļbereinstimmenden Angaben der Beteiligten hierzu zu zweifeln, liegen nicht vor. Der Beigeladene Ziffer 2 war insoweit hinsichtlich des Arbeitsortes und der Arbeitszeit teilweise eingeschrĤnkt, als die Server in den RĤumlichkeiten der KlĤgerin Ziffer 1 standen und daher die Arbeiten nur dort ausgefļhrt werden konnten. Auch mussten Updates und sonstige Arbeiten am System dann verrichtet werden, wenn keine Mitarbeiter der KlĤgerin Ziffer 1 mit dem System gearbeitet haben. Daher mussten sie au̸erhalb der Bürozeiten der Klägerin Ziffer 1 ausgeführt werden. Dass diese Arbeiten nur am Ort der Server mĶglich und zu den Býrozeiten der KIägerin Ziffer 1 ausgeschlossen waren, wertet der Senat aber nicht als Indiz für eine abhängige Beschäftigung des Klägers Ziffer 2, sondern dies folgt aus der Natur der Sache. Innerhalb dieses naturgemĤÃ∏ vorgegebenen Rahmens war der Beigeladene Ziffer 2 völlig frei. Er verfügte über einen Schlüssel zu den Räumlichkeiten der Klägerin Ziffer 1 und konnte diese ortsgebundenen TÄxtigkeiten am spÄxten Abend oder am Wochenende nach eigener Zeiteinteilung verrichten. Hierfür war keine Abstimmung der Termine mit den Gesellschaftern der KlĤgerin Ziffer 1 oder gar deren Anwesenheit erforderlich. Im Bereich der betriebswirtschaftlichen Beratung erhielt der Beigeladene Ziffer 2 ebenfalls keine Vorgaben durch die Gesellschafter der KlĤgerin Ziffer 1. Im Gegensatz zu der KlĤgerin Ziffer 2 unterlag er in diesem Bereich auch ausdrýcklich keinem vertraglichen Konkurrenzverbot. Hierbei handelt es sich nicht nur um eine vertraglich vereinbarte Freiheit, sondern auch um eine tatsĤchlich gelebte Freiheit, da der Beigeladene Ziffer 2 in diesem Bereich über Spezialwissen insbesondere in Bezug auf Unternehmensgründungskonzepte verfügte und zunĤchst auch fļr andere Auftraggeber tĤtig war. Dass er dies im vorliegenden Zeitraum nicht mehr getan hat, lag nach den übereinstimmenden Angaben nicht an einer vertragswidrigen EinschrÄxnkung durch die KlÄxgerin Ziffer 1, sondern an der Entscheidung des Beigeladenen Ziffer 2, wAxhrend der zeitintensiven Vorbereitung auf die Steuerberaterprüfung die Tätigkeiten für andere Auftraggeber weitestgehend aufzugeben und in dieser Zeit nur noch insoweit für AuftrĤge der KlĤgerin Ziffer 1 anzunehmen, als er diese neben der Prüfungsvorbereitung zeitlich leisten konnte. Bei der betriebswirtschaftlichen Beratung war er nicht nur bei der Durchfļhrung, sondern auch hinsichtlich Arbeitsort und Zeiteinteilung frei. Bei kleineren AuftrĤgen fertigte er diese in Papierform, bei gröÃ∏eren als Powerpoint-Präsentation für die Gesellschafter der KlĤgerin Ziffer 1, ohne dass hierbei Vorgaben durch diese erfolgten. Auch insoweit ýbernahm der Beigeladene Ziffer 2 AuftrÃzge, die zuvor eine externe Steuerberatung übernommen hatte.

Bei der Ä\[]bernahme steuerlicher Projekte erfolgten ebenfalls zwar keine inhaltlichen Vorgaben der Gesellschafter der Kl\(\tilde{A}\)\(\tilde{x}\)gerin Ziffer 1, allerdings unterlag der Beigeladene insoweit den geltenden gesetzlichen Vorgaben.

Bei Würdigung dieser Umstände folgt für den Senat, dass dem Beigeladenen Ziffer 2 insgesamt betrachtet eine Weisungsfreiheit verblieb, die seine Tätigkeit als unternehmerische kennzeichnete und er nicht in einer seine Tätigkeit prägenden Weise in die betrieblichen Abläufe der Klägerin Ziffer 1 eingegliedert

war. Diese UmstĤnde erachtet der Senat als wesentlich für die Einordnung der TĤtigkeit als selbststĤndige. Demgegenüber misst der Senat den von der Beklagten als Indizien für das Vorliegen einer abhängigen Beschäftigung im streitigen Bescheid dargestellten Umständen wie dem Fehlen eines wesentlichen unternehmerischen Risikos bei Vergütung der Arbeit nach Stundenlohn, dem weitgehend fehlenden Einsatz eigener Mittel und eigenen Kapitaleinsatzes und der vertraglich vereinbarten persönlichen Durchführung der Arbeiten keine starke Indizwirkung bei. Auch sieht der Senat entgegen dem Berufungsvortrag der Beklagten keine Anhaltspunkte für eine â∏Schönwetter-Selbstständigkeitâ∏ des Beigeladenen Ziffer 2. Es handelt sich bei den dem Beigeladenen Ziffer 2 zustehenden Freiheiten nicht nur um rein faktische, rechtliche nicht gebundene und daher jederzeit abänderbare.

Der Senat verkennt hierbei nicht, dass der Beigeladene Ziffer 2 aufgrund seiner Tätigkeit für die Klägerin Ziffer 1 bereits während seines Studiums, der FamilienzugehĶrigkeit zu den Gesellschaftern der KlĤgerin Ziffer 1 und des Umstandes, dass er seien GeschĤftsrĤume im selben Haus in einem anderen Stockwerk unterhalten hat, eine besondere NĤhe zur klĤgerischen Gesellschaft aufgewiesen hat. Gleichwohl ist auch hier die Abgrenzung zwischen der BeschÄxftigung und der selbststÄxndigen TÄxtigkeit nach den vom SG dargestellten und bereits oben in Bezug genommenen allgemeinen Kriterien vorzunehmen â∏ wenn auch unter Berücksichtigung der Ã∏berlagerung durch das bestehende familiäre Näheverhältnis. Zu Recht weist die Klägerin Ziffer 1 mit der Berufung darauf hin, dass es insoweit keine Vermutungsregelung für eine abhängige Beschäftigung gibt, sondern für die Feststellung der Versicherungspflicht eine abhämngige Beschämftigung positiv festgestellt werden muss. Diese Feststellung vermag der Senat aber vorliegend anhand der Gesamtumstände nicht zu treffen. Vielmehr überwiegen die Indizien für eine selbststĤndige TĤtigkeit des Beigeladenen Ziffer 2 aufgrund der weitgehend fehlenden Eingliederung in den Betrieb der KlĤgerin Ziffer 1. Das AushĤndigen eines Schlüssels und die tatsÃxchliche GewÃxhrung eines groÃ∏en Freiraums bei der Ausgestaltung der Arbeitsleistung ist für den Senat ein Indiz für eine selbstständige Tätigkeit, eine vollständige Ã∏berlagerung durch familienhaft gewĤhrte FreirĤume sieht der Senat insoweit nicht, ebenso wenig vermag der Senat festzustellen, dass diese FreirĤume für den Fall einer Störung der Familienharmonie hÃxtten wegfallen können.

Auch wenn sich für das SG der Eindruck aufgedrängt hat, dass durch die Aufrechterhaltung der Tätigkeit des Beigeladenen Ziffer 2 allein für die Klägerin Ziffer 1 während dessen Vorbereitung auf die Steuerberaterprüfung eine â∏Alimentierungâ∏ des Familienangehörigen sichergestellt sein sollte, lässt sich hieraus kein entscheidendes Indiz für eine abhängige Beschäftigung ableiten. Wenn Zahlungen nicht (nur) zur Vergütung von geleisteten Tätigkeiten, sondern (auch) zur Alimentierung erfolgt wären, hätte dies keine Aussagekraft dahingehend, dass eine Lohnfortzahlung während einer Weiterbildungsphase als Indiz für eine abhängige Beschäftigung erfolgt wäre. Diese Wertung könnte allenfalls erfolgen, wenn insgesamt auch vor Beginn der Weiterbildungsphase ein abhängiges Beschäftigungsverhältnis festzustellen wäre. Dies ist aber, wie

bereits dargestellt, nicht der Fall. Insoweit ist nur erg \tilde{A} xnzend darauf hinzuweisen, dass der Beigeladene Ziffer 2 die Weiterbildungskosten selbst getragen, diese nicht von der Kl \tilde{A} xgerin Ziffer 1 \tilde{A} x4bernommen wurden.

bb) Beitragsfestsetzung

Angesichts fehlender Versicherungspflicht war auch die Festsetzung einer Beitragsnachforderung in vollem Umfang rechtswidrig und aufzuheben.

6. Mithin ist auf die Berufung der Klägerin Ziffer 1 das angefochtene Urteil des SG abzuändern, der angefochtene Bescheid vom 11.06.2018 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 10.12.2019 teilweise aufzuheben und unter Abänderung der genannten Bescheide im Ã□brigen festzustellen, dass der Beigeladene Ziffer 2 im Zeitraum vom 01.01.2012 bis 28.02.2014 nicht der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung und nach dem Recht der Arbeitsförderung unterlag. Darüber hinaus ist die Berufung der Klägerin Ziffer 1 und die Berufung der Klägerin Ziffer 2 insgesamt zurückzuweisen.

Die Kostenentscheidung folgt aus § 193 SGG und berücksichtigt, dass mit der Klägerin Ziffer 2 auch im Berufungsverfahren eine nach § 183 SGG kostenprivilegierte Person Berufungsführerin ist, die Klägerin Ziffer 2 auch im Berufungsverfahren vollständig unterliegt, die Klägerin Ziffer 1 mit der Berufung teilweise Erfolg hat und die Beigeladenen keine Anträge gestellt haben.

Gründe für die Zulassung der Revision liegen nicht vor.

Â

Erstellt am: 19.01.2024

Zuletzt verändert am: 23.12.2024